

# Bolivien

## Historische Grunddaten

6.8.1825	Erklärung der Unabhängigkeit. Der Name <i>Bolivia</i> geht auf den Befreier ( <i>Liberador</i> ) Simón Bolívar zurück.
1836	Proklamation einer bolivianisch-peruanischen Konföderation
1839	Chile und Argentinien erzwingen durch eine militärische Intervention die Auflösung der bolivianisch-peruanischen Konföderation.
1879-1883	Pazifikkrieg (»Salpeterkrieg«) gegen Chile; Verlust des Meereszugangs
1902/03	Weitere Gebietsverluste nach militärischen Auseinandersetzungen mit Brasilien.
1932-1935	Chacokrieg gegen Paraguay; Gebietsverlust von 240.000 km <sup>2</sup> , mehr als 50.000 Tote. Die demütigende Niederlage beschleunigt den Niedergang der oligarchischen Herrschaft.
30er/40er Jahre	ca. 10.000 deutsche Juden und politisch Verfolgte finden Zuflucht in Bolivien; nach Kriegsende auch Aufnahme von Kriegsverbrechern
1952	Bolivianische Revolution: Verstaatlichung der Zinnminen, Agrarreform, staatszentriertes Entwicklungsmodell
1964	Machtübernahme der Streitkräfte; bis 1982 nur kurze zivile Intermezzos
13.10.1967	Exekution Ernesto Che Guevaras, der sich seit 1966 zur Vorbereitung einer Revolution in Bolivien aufhielt.
1969	Gründung des Andenpakts durch Bolivien, Chile, Kolumbien, Peru und Ecuador; 1973 Beitritt Venezuelas; 1976 Austritt Chiles
1970/71	(erzwungener) Rücktritt Präsident Ovandos, der eine wirtschaftliche Öffnung gegenüber der Sowjetunion anstrebte; Verdrängung der linksgerichteten Militärjunta unter Präsident Torres durch Putsch unter Führung von Oberst Banzer.
1982	Rückkehr zur Demokratie
1983-85	Tiefgreifende politische und soziale Krise, Zusammenbruch der Wirtschaft, Hyperinflation
1985	Abkehr vom staatszentrierten Entwicklungsmodell unter Präsident Paz Estenssoro
1988	»Gesetz zum Rechtszustand der Koka und Kontrollierter Stoffe«, unter erheblichem Druck der USA verabschiedet; weitreichende Kontroll- und Repressionsmaßnahmen zur Bekämpfung der Drogenproduktion.
24.1.1992	Peru stellt Bolivien eine 163,5 ha große Freihandelszone in der Hafenstadt Ilo zur Verfügung.
1996	Umbenennung des Andenpaktes in Andine Gemeinschaft ( <i>Comunidad Andina</i> )
1.1.1997	In-Kraft-Treten des Assoziierungsabkommens zwischen Bolivien und dem MERCOSUR ( <i>Mercado Común del Sur</i> )
Sept. 1998	Schuldenreduzierung im Rahmen der Heavily Indebted Poor Countries (HIPC)-Initiative von IWF und Weltbank

## Bestimmungsfaktoren und Grundstrategien

Bolivien ist neben Paraguay der einzige Binnenstaat Südamerikas; es grenzt im Norden und Osten an Brasilien, im Süden an Paraguay und Argentinien, im Südwesten an Chile und im Nordwesten an Peru. Allerdings prägt die Binnenlage erst seit Ende des 19. Jahrhunderts die internationale Situation des Landes, denn als Bolivien 1825 seine Unabhängigkeit von Spanien erklärte, war es etwa doppelt so groß wie heute und reichte

im Südwesten bis an die Küste des Pazifischen Ozeans. Seitdem musste der Andenstaat infolge militärischer Auseinandersetzungen einen großen Teil des ursprünglichen Territoriums an Nachbarländer abtreten. Am schwersten wiegt für das bolivianische Nationalbewusstsein der Verlust des eigenen Zugangs zum Meer infolge des Pazifikkrieges gegen Chile in den Jahren 1879 bis 1883. Erst nach langwierigen diplomatischen Auseinandersetzungen akzeptierte Bolivien 1904 in einem Friedens- und Freundschaftsvertrag formal die Abtretung seiner Küstengebiete. Im Gegenzug baute Chile auf eigene Kosten eine Eisenbahnlinie zwischen dem Pazifikhafen Arica und der bolivianischen Hauptstadt La Paz und gewährte Bolivien für alle Zeiten das »weitgehendste und freieste Recht auf Handelstransit« durch sein Hoheitsgebiet. 1937 erhielt Bolivien im Rahmen eines bilateralen Transitabkommens das Recht, in den chilenischen Häfen Arica und Antofagasta eigene Zollstationen zu errichten. Auch Peru garantierte Bolivien in mehreren Verträgen freien Transit durch sein Hoheitsgebiet. Doch obwohl der Durchgangsverkehr durch die Nachbarländer weitgehend reibungslos funktioniert, leidet Bolivien am Trauma des Verlusts der Pazifikküste. Seit den 60er Jahren wird alljährlich mit Aufmärschen und Gedenkreden ein »Tag des Meeres« begangen. In der Eidesformel der bolivianischen Streitkräfte ist die Verpflichtung enthalten, für Boliviens »Rückkehr ans Meer« einzutreten. Immer wieder hat sich das Land im bi- und multilateralen Rahmen um sein – so die bolivianische Perspektive – »Recht auf freien Zugang zum Meer« bemüht. Doch trotz diverser Sympathiebekundungen aus dem Ausland, und obwohl die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 1979 in einer Deklaration eine »gerechte Lösung, mittels derer Bolivien einen souveränen Zugang zum Pazifischen Ozean erhält« forderte, blieben diese Anstrengungen ohne Ergebnis. Chile weigert sich, das Thema im Rahmen bilateraler Gespräche zu diskutieren und verweist darauf, dass keine offenen Grenzfragen mit Bolivien bestünden. Die Wiederaufnahme der seit den 60er Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern ist wiederholt an diesen starren Positionen gescheitert, obwohl sich das bilaterale Verhältnis insgesamt seit den 80er Jahren verbessert hat. In beiden Ländern sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts keine Diktatoren mehr an der Macht, die das bilaterale Streitthema instrumentalisieren, um von eigenen Fehlern und Exzessen abzulenken. Dennoch erweisen sich die wechselseitigen historischen Perzeptionen und Mythen immer wieder als scheinbar unüberwindliche Hindernisse für eine Verständigung (Barrios, 1997). Auch Präsident Banzer (1997-2002), der nach seinem Amtsantritt einen forschenden Kurs gegenüber Chile eingeschlagen hatte und das Thema erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder vor der OAS zur Sprache brachte, musste 1999 eingestehen, dass mit einer raschen Lösung des Problems kaum zu rechnen sei.

Erst Mitte der 80er Jahre begann man, der Binnenlage auch positive Seiten abzugewinnen. Im Zuge der Revitalisierung der lateinamerikanischen Integrations- und Kooperationsprozesse gewann bei bolivianischen Politikern die Vorstellung an Bedeutung, ihr Land könne zu einem Verkehrsknotenpunkt im Herzen Südamerikas werden, der verschiedene Transportkorridore zwischen Atlantik und Pazifik miteinander verbindet (s. u.). Derartige Perspektiven einer konstruktiven Zusammenarbeit werden durch die seit den 80er Jahren in der Region erfolgte Etablierung demokratischer Regierungsformen gefördert. Auch Bolivien, das auf eine wechselvolle und über weite Phasen autoritär geprägte Geschichte zurückblickt, wird seit 1982 demokratisch regiert. Trotz aller Schwächen hat sich die Demokratie als relativ stabil erwiesen, gerade vor dem Hintergrund der traditionellen Instabilität eines Landes, das seit der Unabhängigkeit mehr als hundert Putsche und

Putschversuche und ein gutes Dutzend Verfassungen erlebt hat. Die Bemühungen um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben auch in der Außenpolitik Spuren hinterlassen. So sind die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern Peru, Brasilien und Argentinien meist konfliktfrei und konstruktiv. Auch das seit dem Chaco-Krieg schwierige Verhältnis zu Paraguay hat sich verbessert. Innerhalb des regionalen Subsystems trug die Demokratisierung zur Überwindung traditioneller Bedrohungspereptionen der Streitkräfte, zur Abkehr von der Doktrin der Nationalen Sicherheit als Grundlage außenpolitischen Handelns und zu einer kooperativen Dynamik in den zwischenstaatlichen Beziehungen bei (UDAPEX/ILDIS, 1995).

Eine zentrale Determinante der bolivianischen Innen- und Außenpolitik ist die Armut und die geringe sozio-ökonomische Entwicklung des Andenstaates, der mit Rang 116 unter 174 Ländern im Human Development Index 1998 nach Haiti, Nicaragua und Honduras das viertärmste Land Lateinamerikas und das ärmste Südamerikas ist ([www.undp.org/hdro/98hdi2.htm](http://www.undp.org/hdro/98hdi2.htm)). Angesichts solcher Rahmenbedingungen stehen der Außenpolitik nur geringe Ressourcen für eine eigenständige und aktive Rolle im regionalen Umfeld oder gar auf globaler Ebene zur Verfügung. Sie verfestigen zudem die starke Abhängigkeit Boliviens von externer Unterstützung in Form von Kapital und Know-how. Zwar bemühte sich Bolivien in den 80er Jahren phasenweise um eine aktivere weltpolitische Rolle und engagierte sich im Rahmen der Bewegung der Blockfreien, diese tercermundistischen Bestrebungen haben jedoch seit dem Beginn der radikalen entwicklungsstrategischen Wende 1985 an Bedeutung verloren. Liberalisierung und Weltmarktöffnung gingen einher mit dem Bestreben, die Beziehungen zur Hegemonialmacht USA möglichst konfliktfrei zu gestalten.

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten werden seit den 70er Jahren von einem Thema beherrscht, das auch insgesamt für die internationale Situation Boliviens von zentraler Bedeutung ist, der Drogenkontrollpolitik. Neben Peru und Kolumbien gehört Bolivien zu den Hauptproduzenten von Koka, Kokapaste und Kokain. Der Kampf gegen Drogenproduktion und -handel nimmt in der bolivianischen Innen- und Außenpolitik zentralen Raum ein. Seit Ende der 70er Jahre wuchsen die Bemühungen der USA um Maßnahmen zur Drogenkontrolle im Ausland. Gleichzeitig expandierte Boliviens Koka- und Kokainproduktion, weshalb sich das Thema zum Dreh- und Angelpunkt der bilateralen Beziehungen entwickelte. Die Vereinigten Staaten gingen damals zu einer Drogenbekämpfungspolitik über, deren Priorität der Vernichtung von Kokapflanzungen und Kokainproduktion in den Andenländern Bolivien, Peru und Kolumbien gilt. Seit Inkraft-Treten des *Anti-Drug-Abuse-Act* von 1986 drohen diesen Ländern obligatorische Sanktionen, die alljährlich nur außer Kraft gesetzt werden können, wenn die Bereitschaft zur Kooperation unter Beweis gestellt wurde. Die bolivianische Drogenbekämpfungspolitik bewegt sich seitdem im Spannungsfeld zwischen der Vernichtung als illegal eingestufte Kokapflanzungen einerseits und der Förderung alternativer Entwicklungsprojekte andererseits. Die repressive Komponente dieser Strategie zielt darauf ab, alle Kokapflanzungen außerhalb der traditionellen Anbaugebiete zu vernichten, die nicht nachweislich für medizinische oder rituelle Zwecke produzieren. Eine zentrale Rolle bei der Suche und Zerstörung von Kokapflanzungen spielen auf US-Initiative geschaffene und weitgehend von den USA finanzierte und ausgebildete paramilitärische Polizei- und Sicherheitskräfte. Neben Klagen über Menschenrechtsverletzungen und einer zunehmenden Militarisierung großer Teile Boliviens wurden in diesem Zusammenhang auch wie-

derholt Vermutungen laut, die offiziell lediglich als Ausbilder fungierenden Beamten der *U. S. Drug Enforcement Administration* (DEA) hätten in Bolivien in planender und leitender Funktion an Einsätzen teilgenommen (Lessmann, 1996; Menzel, 1996).

### Außenpolitische Entscheidungsprozesse

Ein zentrales Merkmal politischer Entscheidungsprozesse in Lateinamerika ist die dominierende Rolle der Exekutive gegenüber einer eher schwachen Legislative. Dies gilt erst recht für außenpolitische Themen, die traditionell stark von den Interessen der sozialen und politischen Eliten dominiert sind. Wie außenpolitische Entscheidungsprozesse allerdings konkret ablaufen, ist – zumindest für Bolivien – ein bislang kaum erforschtes Thema. Arbeiten zur internationalen Situation des Landes konzentrierten sich in der Vergangenheit meist auf historische und v. a. diplomatiegeschichtliche Aspekte (z. B. Abecía Baldivieso 1979). Die wenigen vorliegenden Studien betonen den elitären und abgeschotteten Charakter der traditionellen Diplomatie. An außenpolitischen Entscheidungsprozessen waren nur wenige Akteure beteiligt, eine Rechtfertigung gegenüber der Öffentlichkeit fand kaum statt. Dies entsprach auch dem für das Land insgesamt typischen ausgrenzenden Stil politischer Herrschaft (Barrios Morón, 1995: 4f.). Während des Kalten Krieges war die bolivianische Außenpolitik, insbesondere in den Jahren autoritärer Herrschaft, durch eine starke Bezugnahme auf die ›Doktrin der nationalen Sicherheit‹ und die globale ideologische Konfrontation geprägt. Durch die Rückkehr zur Demokratie und infolge der weltweiten Entwicklungen seit dem Ende der 80er Jahre hat sich dies insofern geändert, als Pragmatismus und Flexibilität seitdem zu den prägenden Merkmalen der bolivianischen Außenpolitik gehören. Dies findet seinen Ausdruck auch in einem hohen Maß an außenpolitischer Kontinuität seit dem Beginn der wirtschaftlichen Liberalisierung im Jahr 1985. Ein entscheidendes Manko der auswärtigen Beziehungen bleibt die fehlende Professionalität des diplomatischen Dienstes, die im übrigen nur eines von zahlreichen Symptomen einer allgemeinen Schwäche der staatlichen Verwaltung darstellt. So handelt es sich nach einer Untersuchung der in La Paz erscheinenden Tageszeitung *La Razón* bei 70 % der Botschafter des Landes um Freunde oder Verwandte regierender Politiker ([http://members.tripod.com/~Bolivia\\_TL/docs/cruzada9198.htm](http://members.tripod.com/~Bolivia_TL/docs/cruzada9198.htm)).

In der bolivianischen Verfassung finden sich nur wenige Aussagen zur Außenpolitik. Gemäß Artikel 96 ist der Staatspräsident für die Gestaltung der Außenbeziehungen, die Ernennung von Diplomaten und die Anerkennung ausländischer Funktionsträger (Abs. 3) sowie für die Bewahrung und Verteidigung der inneren und äußeren Sicherheit des Landes (Abs. 18) zuständig. Internationale Verträge, Konkordate und Abkommen müssen vom Parlament ratifiziert werden (Art. 59, Abs. 12). Auch die Anwesenheit ausländischer Streitkräfte auf bolivianischem Territorium bedarf der vorherigen Zustimmung der Legislative (Art. 59, Abs. 15). Die vom Staatspräsidenten ernannten Botschafter müssen vom Senat bestätigt werden (Art. 66, Abs. 9). Die Implementierung und Koordination der Außenpolitik obliegt dem Außenministerium. Das Parlament verfügt zwar im außenpolitischen Bereich über gewisse Kontrollrechte gegenüber der Exekutive, es spielt jedoch traditionell nur eine untergeordnete Rolle in diesem Bereich, nicht zuletzt wegen des geringen Interesses vieler Parlamentarier an auswärtigen Angelegenheiten. Eine Ausnahme in dieser Hinsicht stellen die Beziehungen zu Chile und den USA dar, jenen Ländern, mit denen Bolivien eine schwierige und konfliktträchtige bilaterale Agenda aufweist. In beiden Fällen spielen Fragen der nationalen Souveränität eine große Rolle.

Der außenpolitische Stil hat sich seit der Demokratisierung geändert. An die Stelle des traditionellen diplomatischen Formalismus trat eine agilere und direktere Haltung gegenüber externen Partnern, allerdings mit unterschiedlichen Akzentsetzungen. Während der Präsidentschaft von Jaime Paz Estenssoro (1985-89) genossen die wirtschaftlichen Anpassungsprozesse Priorität. Außenpolitische Initiativen dienten in erster Linie der Wiederherstellung des durch die chaotische wirtschaftliche Situation zu Beginn der 80er Jahre erschütterten Vertrauens in die bolivianische Wirtschaft sowie dem Einwerben finanzieller Ressourcen für die Durchführung des Transformationsprozesses. Man bemühte sich um ein konfliktfreies Verhältnis zu den USA sowie um Übereinkünfte mit IWF und Weltbank. Während sich Präsident Paz Estenssoro mit internationalen Aktivitäten zurückhielt und seinem Außenminister das Parkett überließ, pflegte Jaime Paz Zamora (1989-93) einen aktiveren außenpolitischen Stil. Er unternahm fast 40 Auslandsreisen und erntete viel internationale Aufmerksamkeit – und Kritik – für seine »Koka-Diplomatie«, d. h. für die auf zahlreichen internationalen Konferenzen vorgetragenen Bemühungen, eine Legalisierung von traditionellen Kokaprodukten (z. B. Kokatee) salonfähig zu machen und die Drogenkonsumentenländer stärker in die Verantwortung für eine Drogenbekämpfungstrategie einzubeziehen. Präsident Sánchez de Lozada (1993-97) konzentrierte sich wieder stärker auf die innenpolitische Reformagenda (Institut für Iberoamerika-Kunde, 1996). Sein Nachfolger Banzer (1997-2002) hat es nicht zuletzt deshalb schwer auf internationalem Parkett, weil er Bolivien in den 70er Jahren bereits einmal regierte, damals jedoch als Diktator.

### Außenwirtschaftspolitik und regionale Integration

Die spezifischen Merkmale der bolivianischen Wirtschaftsstruktur, insbesondere der niedrige Industrialisierungsgrad und die technologische Rückständigkeit der Volkswirtschaft, wirken sich auch auf die Einbindung des Landes in den Weltmarkt aus. Von der kolonialen Ausbeutung der Silberminen über die Zinnexporte bis zu den seit den 70er Jahren zunehmenden Gasausfuhren stellt der Export nichterneuerbarer Rohstoffe eine Konstante der bolivianischen Wirtschaftsgeschichte dar. Angesichts sinkender *terms of trade* für viele Rohstoffexporte führte die asymmetrische Weltmarkteinbindung zu chronischen Handelsbilanzdefiziten und einer hohen Auslandsverschuldung. Bis Mitte der 60er Jahre machten die Zinnexporte etwa 70 % der gesamten Ausfuhr aus. Als Mitte der 60er Jahre die Nachfrage nach Zinn zu sinken begann, forcierte man die Diversifizierung der Exportstruktur. Seit Mitte der 80er Jahre nahmen die nicht-traditionellen Exporte – auch dabei handelt es sich größtenteils um Agrarprodukte wie Soja, Holz und Zucker – stark zu, von 3,7 % im Jahr 1984 auf fast 50 % Mitte der 90er Jahre (Orías Arredondo, 1997). Wichtigste Exportgüter waren 1998 mineralische Rohstoffe (40 %) und Soja (15 %). Importiert wurden vor allem Maschinen, Elektroprodukte, Fahrzeuge und chemische Erzeugnisse. Wichtigste Abnehmer bolivianischer Exporte waren im Jahr 1997 die USA (20,3 %), Großbritannien (12,9 %), Peru (12,6 %) und Argentinien (12,3 %). Bei den Importen standen die USA (23,6 %) ebenfalls an erster Stelle, gefolgt von Argentinien (14 %), Japan (11,9 %), Brasilien (11 %) und Chile (6,4 %). ([www.ahk.net/de/bo/business.data.html](http://www.ahk.net/de/bo/business.data.html))

Mit der entwicklungsstrategischen Wende Mitte der 80er Jahre verschoben sich die privaten und öffentlichen Anteile am Außenhandel. Entfielen noch 1984 lediglich 11,4 % der Exporte auf private Unternehmen und 88,6 % auf den öffentlichen Sektor, so mach-

te der staatliche Anteil 1993 nur noch 25 % aus, gegenüber 75 % der privaten Unternehmen. Die bolivianische Industrie ist allerdings international kaum konkurrenzfähig, nur 1,5 % der Industriebetriebe wiesen im Jahr 1992 Exportaktivitäten auf. Hinderlich für eine fortschrittlichere Einbindung in den Weltmarkt sind die Defizite in den Bereichen physische Infrastruktur, Finanzierung, Telekommunikation und Technologie, aber auch im Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungssektor. Trotz makroökonomischer Stabilisierungserfolge konnten auf diesen Feldern bislang nur kleine Fortschritte erzielt werden (Birle, 1998). Das chronische Handelsbilanzdefizit kann nur durch hohe Zuwendungen ausländischer Geber im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit gegenfinanziert werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist Bolivien extrem abhängig von finanzieller Unterstützung durch das Ausland. Zwischen 1993 und 1997 erhielt das Land etwa 700 Mio. US-\$ Entwicklungshilfe pro Jahr. Dies entsprach 12 % des BIP, kaum weniger als das, was durch legale Exporte erwirtschaftet wurde. Wichtigste multilaterale Geber sind die Interamerikanische Entwicklungsbank, der Andine Entwicklungsfonds, Weltbank und IWF, wichtigste bilaterale Geber die Vereinigten Staaten, Deutschland, Japan und Italien. Unter den Empfängern US-amerikanischer Entwicklungshilfe stand Bolivien 1996/97 an sechster Stelle, unter den Nutznießern deutscher Gelder an zehnter Stelle.

Auch nach Überwindung der akuten Schuldenkrise Anfang der 80er Jahre gehört Bolivien zu den am stärksten verschuldeten Entwicklungsländern. Von den 4,6 Mrd. US-\$ an externen Verbindlichkeiten entfielen Ende 1996 2,1 Mrd. auf multilaterale Gläubiger (v. a. Interamerikanische Entwicklungsbank, Weltbank und IWF), 1,2 Mrd. auf bilaterale öffentliche Gläubiger und nur noch 12 Mio. auf private Geschäftsbanken. Das Verhältnis Schulden/Exporte betrug 266 %, die Schuldendienstquote 25,4 %. Umso wichtiger war die 13%ige Reduzierung der Schulden, die Bolivien im Zuge der *Heavily Indebted Poor Countries* (HIPC)-Initiative von Weltbank und IWF im September 1998 gewährt wurde (Birle, 1999).

Bolivien liegt an der Schnittstelle von zwei subregionalen Integrationsprojekten. Das Land ist Gründungsmitglied des Andenpaktes, seit 1997 besteht außerdem ein Assoziierungsabkommen mit dem MERCOSUR. Die in den 1969 mit großen Ambitionen gegründeten Andenpakt gesetzten Hoffnungen hatten sich nur ansatzweise erfüllt. Nach einem zunächst starken Wachstum des innerandinen Handels zeigten sich in den 70er Jahren Stagnationstendenzen. Erst Mitte der 80er Jahre kam durch rechtliche und institutionelle Neuerungen neuer Schwung in den subregionalen Integrationsprozess. Nicht mehr regionale Wirtschaftsplanung, Abschottung gegenüber dem Weltmarkt und restriktive Behandlung von Auslandskapital, sondern Freihandel, niedrige Außenzölle, Marktorientierung, Flexibilität und Pragmatismus lauten die Maximen der neuen Politik. Seit Januar 1992 besteht zwischen den Mitgliedsländern Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela eine Freihandelszone. Als Symbol für die Revitalisierung diente auch die Umbenennung von Andenpakt in Andine Gemeinschaft im Jahr 1996 (Bodemer, 1996; ILDIS, 1993). Genauso wichtig wie die Andine Gemeinschaft ist für Bolivien der 1991 gegründete MERCOSUR, dem Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören. Eine Doppelmitgliedschaft in beiden Integrationsinstitutionen ist nicht möglich, aber seit Januar 1997 besteht ein Wirtschaftsabkommen mit dem MERCOSUR, das die Errichtung einer Freihandelszone innerhalb eines Zeitraums von maximal zehn Jahren

vorsieht. Gleichzeitig ist Bolivien eine treibende Kraft der Annäherung zwischen der Andinen Gemeinschaft und dem MERCOSUR. Trotz Abschluss eines Rahmenabkommens zwischen beiden Institutionen im April 1998 gestalteten sich die Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone jedoch schwierig. Gerade Bolivien setzt große Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit dem MERCOSUR. Seit Anfang der 70er Jahre avancierte zunächst Argentinien zum Großabnehmer für bolivianisches Erdgas. Die Lieferverträge laufen im Jahr 2000 aus und werden nicht verlängert, da der südliche Nachbar inzwischen selbst große Gasvorkommen erschlossen hat. Mit Brasilien konnte ein neuer Großabnehmer langfristig vertraglich gebunden werden. Nach der Fertigstellung einer der weltweit größten Pipelines beginnt im Jahr 2000 die Belieferung Brasiliens mit bolivianischem Erdgas in einem Umfang, der Bolivien bis zum Jahr 2020 jährliche Einnahmen von etwa 500 Mio. US-\$ in Aussicht stellt. Dies entspricht fast 50 % der Exporteinnahmen des Jahres 1997. Das Geschäft mit Brasilien soll nur der Beginn des Aufstiegs zum regionalen Zentrum für den Vertrieb von Energie, zu einem Transportknotenpunkt innerhalb Südamerikas und insbesondere zu einem Korridor für den brasilianischen Pazifikhandel sein. Die geographische Lage bietet durchaus Chancen für eine Realisierung dieser Pläne, aber zunächst wären enorme Investitionen in die Infrastruktur des Landes notwendig, dessen Straßen und Eisenbahnlinien im jetzigen Zustand nicht für einen Warentransit größeren Ausmaßes geeignet sind.

Neben der offiziellen Außenwirtschaft sind Schmuggel und Drogengeschäfte für Bolivien von großer Relevanz. Sie beeinträchtigen die internationale Einbindung des Landes auf vielfältige Art und Weise, von den Problemen mit den USA über das internationale Image des Landes, die Unterwanderung legitimer staatlicher Strukturen und die Förderung von Korruption bis zur Schwächung des legalen Außenhandels. Schätzungsweise 50-70 % der bolivianischen Erwerbsbevölkerung sind im informellen Sektor tätig. Schmuggel und ambulanter Schwarzhandel stellen zwei Facetten einer größtenteils illegalen Handelsaktivität dar, deren Umfang Mitte der 90er Jahre auf bis zu 800 Mio. US-\$ geschätzt wurde, was der Hälfte der legalen Importe entspräche. Zölle verlieren vor diesem Hintergrund weitgehend ihre Funktion (Orías Arredondo, 1997). Der Umfang der Drogenwirtschaft wurde noch Anfang der 90er Jahre auf 1,4 Mrd. US-\$ geschätzt, was etwa einem Viertel des bolivianischen BIP entspricht. Neuere Schätzungen gehen dagegen von niedrigeren Beträgen aus. Während der illegale Export von Koka, Kokapaste und Kokain noch Ende der 80er Jahre einem Wert von mehr als 80 % der legalen Exporte entsprochen habe, sei er bis Mitte der 90er Jahre auf nur noch etwa 25 % des Exportwertes gesunken. Tatsache ist, dass die Kokaanbauflächen seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr zugenommen haben. Die Regierung Banzer verfolgt mit ihrer Drogenbekämpfungspolitik das Ziel, bis zum Ende ihrer Amtszeit im Jahr 2002 alle als illegal eingestuften Kokaplantagen (ca. 50.000 ha) zu vernichten. Dazu soll fast eine Milliarde US-Dollar investiert werden. Neben den Kosten für die Vernichtung von Kokaplantagen und für Strafverfolgungsmaßnahmen soll der Löwenanteil von 700 Mio. US-\$ dazu dienen, den Anbau alternativer landwirtschaftlicher Produkte stärker zu fördern. Eine deutliche Reduzierung der Drogenwirtschaft würde nicht nur das internationale Image Boliviens verbessern, sondern auch ein Problem entschärfen, das sonst über kurz oder lang zu einer Bedrohung der demokratischen Stabilität werden könnte.

*Peter Birle*

## Literatur

- Abecía Baldovino, Valentín (1979) *Las relaciones internacionales en la historia de Bolivia*, 2 Bde. (La Paz, Editorial Los Amigos del Libro).
- Barrios, Raúl (1995) ›Reflexiones sobre el consenso y la política exterior en Bolivia‹ in *UDAPEX/ILDIS*, S. 3-29.
- Barrios, Raúl (Hg.) (1997) *Bolivia, Chile y Perú: Una opción cooperativa* (La Paz, UDAPEX).
- Bieber, León (1996) ›Bolivien‹ in Hans-Werner Tobler und Walther L. Bernecker (Hg.) *Lateinamerika im 20. Jahrhundert* (Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Bd. 3) (Stuttgart, Klett-Cotta), S. 821-845.
- Birle, Peter (1998) ›Bolivien – Die Reformpolitik der Regierung Sánchez de Lozada‹ in Joachim Betz und Stefan Brüne (Hg.) *Jahrbuch Dritte Welt 1998* (München, C. H. Beck), S. 221-241.
- Birle, Peter (1999) ›Die Auslandsverschuldung Boliviens. Ursachen – Konsequenzen – Lösungsansätze‹ in Günter Gehl, Ludwig Kuhn und Matthias Woiwode (Hg.) *Auslandsverschuldung – Eine Krise des Südens und des Nordens. Das Beispiel Bolivien* (Weimar, Verlag Dadder), S. 31-51.
- Bodemer, Klaus (1996) ›Eine neue Chance für den Andenpakt? Revitalisierungsversuche im Zuge des ›offenen Regionalismus‹‹, *NORD-SÜD aktuell* 10 (2), S. 254-261.
- ILDIS (Hg.) (1993) *Bolivia y los caminos de la integración latinoamericana* (La Paz, ILDIS/UDAPEX).
- Institut für Iberoamerika-Kunde (Hg.) (1996) *Bolivien. Traumland der Reformen?* (Hamburg, IIK).
- Lessmann, Robert (1996) *Drogenökonomie und internationale Politik: die Auswirkungen der Antidrogen-Politik der USA auf Bolivien und Kolumbien* (Frankfurt am Main, Vervuert).
- Menzel, Sewall H. (1996) *Fire in the Andes. U.S. Foreign Policy and Cocaine Politics in Bolivia and Peru* (Lanham, University Press of America).
- Orias Arredondo, Ramiro (1997) ›Bolivia en el comercio mundial: entre la globalización y la marginalización‹, *Estudios Internacionales* 30 (118), S. 216-234.
- UDAPEX/ILDIS (Hg.) (1995) *Politica Exterior Boliviana. Tendencias y desafíos* (La Paz, ILDIS, UDAPEX).

Dr. Peter Birle, geb. 1961; M. A., Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Romanistik in Mainz; 1989-1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg Universität Mainz; 1995-1999 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock; seit Januar 2000 Wissenschaftlicher Angestellter am Iberoamerikanischen Institut, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin.